

Es ist nicht so, dass die Abgeordneten zum Europaparlament lauter Spezialisten wären, zu alle den brennenden Fragen, die jahraus jahrein zur Abstimmung gelangen. Müssen sie auch gar nicht, denn der Ursprungsgedanke wäre ja, dem Bild eines Volksvertreters gerecht zu werden und jeweils so zu stimmen, wie das dem Willen der WählerInnen entspricht. Dass dem nicht ganz so ist, kann deutlich an vielen Abstimmungsergebnissen abgelesen werden. Es muss also Instanzen geben, welche die Divergenz zwischen Mandat und Votum, also den kleinen aber entscheidenden Unterschied zwischen nationalem Auftrag und dem Abstimmungsverhalten auf EU-Ebene herbeiführt. Und es gibt sie - die Antiatompolitik ist ein Paradebeispiel dafür.

Da wäre zu aller erst die mächtige „Fraktionsdisziplin“, also der besonders bei der ÖVP beliebte Brauch, sich der übergeordneten Parteifamilie bzw. deren Vorgaben unter zu ordnen. Unrechtsbewusstsein gegenüber den eigentlichen österreichischen Standpunkten kommt dabei in den seltensten Fällen auf, auch dann nicht, wenn durch diese Mangel gedrehte Entscheidungen genau im Gegensatz zum österreichischen Antiatomkonsens gefällt werden.

Aber auch diese übergeordnete EU-Parteiüberzeugung muss erst mal entstehen und gefestigt werden. Dafür sitzen speziell ausgebildete und großzügig ausgestattete Coachs am goldrichtigen Platz. "Wenn in der Kommission oder dem Parlament irgendwas diskutiert wird, was mit Energie zu tun hat, ist mein Team da, um sicherzustellen, dass die Nuklearindustrie dabei Gehör findet", sagt etwa Sami Tulonen, seines Zeichens Chef-Lobbyist bei Foratom, dem Dachverband der europäischen Atombranche - mit Sitz, versteht sich, in Brüssel.

Sie verstehen ihr Handwerk. Die Kommission, als Repräsentantin der Europäischen Atomgemeinschaft und somit kategorische Hauptklientin der Lobbyisten wird gern als Vorzeigeobjekt gelungener Betreuung präsentiert: "Aus unserer Perspektive ist der größte Erfolg, an dem wir mitbeteiligt waren, ein Bewusstsein zu schaffen, dass die Atomkraft ein Teil der Problemlösung ist. Und ich denke, das spiegelt sich in vielen Entscheidungen und Stellungnahmen der EU-Kommission und des EU-Parlamentes wider", so Tulonen. Dem kann man nichts entgegensetzen.

Ganzen Artikel lesen -> <http://www.dw-world.de/dw/article/0,,4256156,00.html>